



Berichte über Landwirtschaft

Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft

BAND 101 | Ausgabe 3

Agrarwissenschaft
Forschung

Praxis

„Zeitenwende“ oder weiter so: Wo sehen Experten die Zukunft der Landwirtschaft?

von Florian Tietjens, Marlene E. Noack, Uwe Latacz-Lohmann

1 Einleitung

Der Ukraine-Krieg hat in der jüngeren Vergangenheit zu einer massiven Schieflage des weltpolitischen Gefüges geführt und in diesem Zusammenhang weitreichende Debatten ausgelöst, die auch die Land- und Ernährungswirtschaft betreffen. Infolge dieser Debatten werden bisherige politische Zielsetzungen und Bestrebungen in Frage gestellt und es kehren Themen auf die politische Agenda zurück, die seit der Nachkriegszeit in den 1950er Jahren keine bedeutende Rolle mehr gespielt haben. Zu diesen Themen gehören: ernährungspolitische Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Europas Verantwortung für die Sicherung der Welternährung (Heidland 2022; Die Bundesregierung 2022; Jaevervall et al. 2022). Die genannten Themen spiegeln sich auch in den jüngsten politischen Handlungen wider und greifen den Wunsch der Wähler nach mehr Sicherheit auf. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Freigabe von ökologischen Vorrangflächen für die Produktion von Agrarrohstoffen ohne Beschränkung des Betriebsmitteleinsatzes und Diskussionen über eine Aussetzung der neuen Düngeverordnungen (Bayrischer Bauernverband 2022; Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) 2022b; Ministerium für Landwirtschaft und Klimaschutz (MLUK) Brandenburg 2023; Beverborg und Jans-Wenstrup 2023).

In den letzten Jahrzehnten unterlag die Agrarpolitik und somit auch die Lebensmittelproduktion, einer ganzen Reihe von Umbrüchen und Transformationsprozessen. In den 1990er Jahren war das primäre Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft wiederherzustellen. Entsprechend kam es zu einer Reduktion der Markteingriffe und in Folge dieser zu einer Intensivierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion, was allerdings zunehmend auf Kritik in der Gesellschaft stieß (Schader 2021; Umweltbundesamt 2022). Diese Kritik aufnehmend spielten ab der Jahrtausendwende Bestrebungen nach einer ökologischeren und nachhaltigeren Landwirtschaft in der Agrarpolitik eine wichtige Rolle. Zu nennen sind in diesem Zuge als Meilensteine in Richtung stärkerer

Nachhaltigkeit, die Agenda 2000 und die damit einhergehende Etablierung der 2. Säule, Cross Compliance Bestrebungen im Jahr 2005 und die Einführung des Greenings 2013 (Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) 2019a, 2019b, 2022a). Bis heute ist eins der Hauptanliegen der europäischen Agrarpolitik, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden und in Einklang zu bringen. Wie der weitestgehend gescheiterte Versuch der Borchard-Kommission, Tierwohl und Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu verbinden, zeigt, ist es schwierig, Ziele der Nachhaltigkeit und den gleichzeitigen Erhalt internationaler Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu vereinen (Michel-Berger 2023).

Dass Landwirte und Bürger mit der gegenwärtigen Ausrichtung nicht zufrieden sind, offenbart sich immer wieder in deutlich akzentuierter Kritik: Landwirte bemängeln die Einschränkung der unternehmerischen Freiheit durch eine zunehmende Regelungsdichte und Kontrollintensität. Sie kritisieren die zunehmende Komplexität der GAP und die überbordende Bürokratie (Becker et al. 2022). Bürger verurteilen zahlreiche Facetten der modernen Landwirtschaft, insbesondere der Tierhaltung, für deren Entstehung sie unter anderem die Globalisierung der Wertschöpfungsketten und den in ihren Augen übermäßigen Fleischkonsum mitverantwortlich machen (Hecquet et al. 2021; Späne et al. 2023).

Zu diesem ohnehin schon schwierigen Spagat kommen, als Folge des Ukrainekrieges, aktuell auch noch die Forderungen nach mehr Autarkie, vor allem einer Unabhängigkeit von Agrarimporten (primär aus der Schwarzmeerregion) sowie störanfälligen internationalen Lieferketten (Zeit Online 2022). Um dies gewährleisten zu können, muss die inländische (bzw. innereuropäische) Produktion gesteigert werden, was aktuell allerdings nur auf Kosten einer entschärften Umweltgesetzgebung möglich erscheint und somit zu Lasten des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit geht. Kritiker stellen sich gegen dieses Vorgehen und merken an, dass man Biodiversität nicht einfach ab- und wieder anschalten kann und dass man bei allen Bestrebungen nach Versorgungssicherheit die Umwelt nicht außer Acht lassen darf (Deutscher Naturschutzring (DNR) 2022; Lakner 2023; Pörtner et al. 2022). Dieser Dualismus von Produktionssteigerung bzw. Versorgungssicherheit und Umweltschutz führt zu einer Änderung der Ausrichtung des Agrarsektors, ein neues Gleichgewicht zwischen diesen beiden Zielen ist zu erwarten. Die Frage die sich hierbei stellt, ist allerdings nicht die Frage nach dem „Ob?“, sondern die Frage nach dem „Wo?“ zwischen diesen Polen. Wo stellt sich das neue Gleichgewicht ein und welche Herausforderungen bringt dieses für Landwirte, Konsumenten und Akteure entlang der Wertschöpfungsketten mit sich? Auch die Frage nach dem „Wie?“ muss gestellt werden. Wie verläuft der Transformationsprozess und wer nimmt am meisten Einfluss darauf? Einige dieser Argumente haben mit der neuen weltpolitischen Lage an Gewicht gewonnen. Bisher gibt es aber keine Studien, die die Präferenzen der Hauptakteure landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten für die

Transformation des Sektors unter den neuen weltpolitischen Verhältnissen systematisch untersucht haben. Insofern ist es das Ziel des Artikels, einen Beitrag zu einer versachlichten Diskussion der neuen Herausforderungen und deren möglichen Lösungen zu leisten.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet dieser Beitrag die Auslotung des neuen Gleichgewichtes mit ausgewählten Experten der landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zu beleuchten. Konkret geht es um die Frage, wie sich Vertreter der Landwirtschaft, der Politik, des Handels und der verarbeitenden Industrie die Zukunft des Sektors vorstellen. Ist aus ihrer Sicht ein neues Gleichgewicht zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und agrarpolitischen Anforderungen denkbar, und wie könnte dieses aussehen? Und: Gibt es ein solches Gleichgewicht überhaupt? Wo gibt es Gemeinsamkeiten und wo liegen die Unterschiede in den Vorstellungen und Wünschen der Beteiligten?

2 Daten und Methoden

Zur Ermittlung eines möglichen neuen Gleichgewichts im Spannungsfeld Versorgungssicherheit, Produktivität, Nachhaltigkeit sowie Umweltschutz und der daraus resultierenden zukünftigen Neuausrichtung des Agrarsektors und des gesamten Ernährungssystems wurden mit ausgewählten Vertretern aus Politik sowie von Unternehmen (Stakeholdern) entlang der Wertschöpfungskette Experteninterviews durchgeführt. Qualitative Experteninterviews mit einer heterogenen Gruppe von Interviewpartnern sind für die Beantwortung der vorliegenden Forschungsfrage besonders geeignet, da sie erlauben, die Vielfalt von Perspektiven auf das Ernährungssystem und die Landwirtschaft zu erfassen und die jeweiligen Begründungszusammenhänge für spezifische Einschätzungen der aktuellen und zukünftigen Situation des Sektors aufzudecken. Die Befragungs- und Auswertungsmethode werden in den nachfolgenden Abschnitten näher beschrieben.

2.1 Qualitative Stakeholder-Befragung

Die Stakeholder-Befragung greift inhaltlich zehn Zielkonflikte in relevanten Themenfeldern mit Bezug zu Transformationsprozessen der Landwirtschaft und des Ernährungssystems auf, die im Vorfeld in einer ausführlichen Literaturrecherche identifiziert wurden. Die Themenfelder umfassen die Bereiche land- und ernährungswirtschaftliche Märkte, Strukturwandel in der Landwirtschaft, Politik, Umwelt/Klima/Ökolandbau und Tier. Die Zielkonflikte sind:

1. Autarkie vs. Versorgungssicherheit
2. Versorgungssicherheit vs. Ökologie/Ökolandbau
3. Tierwohl vs. Bezahlbare Lebensmittel

4. Warenterminmärkte vs. Bezahlbare Lebensmittel
5. Finanzielles Wohlergehen der Landwirtschaft vs. Bezahlbare Lebensmittel
6. Versorgungssicherheit vs. Wettbewerbsfähigkeit
7. Teller vs. Tank
8. Regionale Lebensmittel vs. Bezahlbare Lebensmittel
9. Ökologie vs. Wahlfreiheit der Konsumenten
10. Weltpolitik vs. Versorgungssicherheit.

In einem Interviewleitfaden wurden zu diesen zehn Zielkonflikten jeweils offene Fragen formuliert (siehe Anhang 1), die es zuließen, dass die Befragungsteilnehmer ihre persönliche Meinung und Einstellung äußern und begründen konnten. Da keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben wurden, wurden sie nicht in einen Entscheidungs- oder Abwägungsprozess versetzt (vgl. Kühn 2018, S. 94; vgl. Henseling et al. 2006, S. 18). Der Interviewleitfaden diente im Verlauf des Interviews als Orientierung für die anzusprechenden Themen, es bestand jederzeit Offenheit für Zwischenfragen der Befragten oder individuelle Vertiefungen eines Themas.

Das Interview war in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil wurden den Experten allgemeine Fragen über ihren beruflichen Werdegang gestellt, im zweiten Teil wurden die aus der Literatur herausgearbeiteten zehn zentralen Zielkonflikte vertiefend angesprochen. Im dritten Interviewteil wurde über die Zukunft des Sektors und die Rolle des Staates in dieser gesprochen.

2.1.1 Interviewpartner und Durchführung der Befragung

Für die Experteninterviews konnten 17 Vertreter von Unternehmen, Organisationen und Verbänden entlang der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten gewonnen werden. Die Auswahl der Befragten basierte in erster Linie auf ihrer Position entlang der Wertschöpfungskette, wobei wichtig war, dass möglichst viele unterschiedliche Akteure entlang dieser befragt werden konnte. So wurden Vertreter aus der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft (ökologischer Landbau und konventioneller), von politischen Organisationen, NGOs, landwirtschaftlichen Beratungsverbänden sowie der nachgelagerten Industrie und des Handels interviewt.

Eine Übersicht der Probanden (Befragten) findet sich in Tabelle 1. Die Befragungen wurden im Zeitraum von Januar bis März 2023 in Form von Interviews durchgeführt, online, um den Aufwand für die Befragten gering zu halten und die Terminvereinbarung flexibel gestalten zu können. Sie erfolgten mit Hilfe des Videokonferenzsystems „BigBlueButton“ (BigBlueButton Inc. 2007) und dauerten ca. 45-60 Minuten.

Tabelle 1:
Übersicht der befragten Personen

Position	Geschlecht		Hochschulausbildung		Landwirtschaftlicher Hintergrund	
	Weiblich	Männlich	Ja	Nein	Vorhanden	Nicht vorhanden
Werkstudent und Ehrenamt bei „Die Grünen“		x	x			x
Geschäftsführender Vorstand Stiftung Naturschutz		x	x			x
Mitarbeiter Genossenschaftsverband – Verband der Regionen		x	x			x
Mitarbeiterin Landwirtschaftskammer	x		x		X	
Mitarbeiter INGUS (Ingenieurdienst Umweltsteuerung GmbH)		x	x		X	
Mitarbeiter BAT (Landhändler)		x	x		X	
Selbstständiger Landwirt		x		x	X	
Eingesetzter landwirtschaftlicher Betriebsleiter		x	x		X	
Geschäftsleitung Wiesenhof		x	x		X	
Sprecherin für Landwirtschaft bei BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland)	x		x		X	
Mitarbeiter Landwirtschaftskammer		x	x		X	
Head of Corporate Strategy bei DMK (Deutsches Milchkontor GmbH)		x	x		X	
Fachreferentin bei PETA (People for the Ethical Treatment of Animals)	x		x			x
Mitarbeiter Landwirtschaftsministerium		x	x			x
Generalsekretär Bauernverband Schleswig-Holstein		x	x		X	
Sachverständiger Gesamt Betriebs Beratung		x	x		X	
Dozent, Unternehmensberater		x	x		X	

Quelle: eigene Darstellung

2.1.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Die Interviews wurden aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Die Transkription der Interviews erfolgte nach den Regeln von Dresing und Pehl (2015), wobei es vor allem auf die wörtliche Wiedergabe des Gesagten und nicht auf paraverbale Merkmale wie Pausen, Lautstärke oder Dialekt ankam. Die Transkripte bildeten die Grundlage für eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2010). Damit wurde ein systematisches bzw. regel- und theoriegeleitetes Vorgehen gewählt und Transparenz über den Textanalyse- und Interpretationsprozess sichergestellt.

Das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse besteht im Kern aus den folgenden sechs Arbeitsschritten (Mayring 2010; Kuckartz 2010):

1. Sichtung der Literatur zur Erstellung des Leitfadens
2. Erstellung des Interviewleitfadens
3. Durchführung der Interviews und Transkription
4. Erstellung des Kategoriensystems
5. Kodierung der Interviews anhand des Kategoriensystems
6. Vergleichende Analyse der Codes.

Die Durchführung der Experteninterviews erfordert im Vorfeld die Erstellung eines Leitfadens (siehe Anhang 1), der einen „roten Faden“ bildet und gleichzeitig genügend Gesprächsfreiraum für die Befragten bietet. Dieser ist wichtig, um einerseits Reichweite und Tiefe des Themas abzudecken und andererseits die inhaltliche Vergleichbarkeit sicherzustellen.

Das Kategoriensystem (siehe Tabelle 2) bildet ein zentrales Element der qualitativen Inhaltsanalyse, da es die Aspekte der Auswertung operationalisiert. In diesem Sinne dient es nach der Materialsichtung dem Codierungsprozess und damit der systematischen Anordnung des Textmaterials. Des Weiteren müssen die Kategorien genau beschrieben sein und durch Subkategorien (Codes) inhaltlich abgegrenzt werden. Die Kategorien sowie die Codes, denen Textfragmente zugeordnet wurden, sind im Ergebniskapitel tabellarisch angeführt.

Die Auswertung des Datenmaterials erfolgte in zuvor festgelegten Schritten. Zunächst wurden die Audiodateien mit der Software „Trint“ (Kofman 2014) transkribiert. Eventuelle Korrekturen im Textmaterial wurden vorgenommen. Die qualitative Inhaltsanalyse erfolgte anschließend durch Unterstützung der Software „MAXQDA“ (Kuckartz 1989), einer eigens dafür entwickelten Software. Hierbei galt es, das gesamte Textmaterial zu codieren und parallel fortlaufend zu überprüfen, ob die inhaltliche Beschreibung der Codes ausreicht oder ob Anpassungen vorgenommen werden müssen. Die Kategorien ergeben sich überwiegend deduktiv aus dem Interviewleitfaden. Die Ausnahme bilden

hierbei einzelne Unterkategorien, welche aus den Interviews resultieren und damit induktiver Natur sind.

Bei den Codes ist zu beachten, dass zutreffende Textfragmente auch aus anderen Textstellen einem Code zugeordnet werden können. Dies führt dazu, dass die Codierung einer Textstelle mit mehreren Kategorien möglich ist, da in ein und derselben Textstelle verschiedene Themen angesprochen werden können. Ist dies der Fall, werden die codierten Textstellen in verschiedenen Kategorien aufgeführt und entsprechend ausgewertet. Den Abschluss der Analyse bildete schließlich ein Vergleich der Textstellen einer Codierung, um diese in einen interpretatorischen Zusammenhang zu bringen. Die entsprechenden Zusammenhänge finden sich im Ergebniskapitel.

2.1.3 Das Kategoriensystem

Beginnend mit dem Kategoriensystem sind in der nachstehenden Tabelle 2 die verwendeten Kategorien und Codes zur Erfassung der Präferenzen für die zukünftige Ausrichtung des Agrarsektors und des Ernährungssystems dargestellt. Die Tabelle gibt damit zugleich einen Überblick über die Struktur der Ergebnispräsentation. Bei den **fett** gedruckten Wörtern handelt es sich um die vergebenen Codes.

Tabelle 2:
Kategorien und Codes

Abschnitt	Kategorie	Erläuterung der Inhalte/Codes
3.1	Staatliche Markteingriffe	Mit diesen Codes wird die Einstellung zu staatlichen Markteingriffen erfasst. Hierbei gilt es generell zu analysieren, ob staatliche Markteingriffe erforderlich oder wünschenswert sind oder als unangemessen bzw. schädlich beurteilt werden.
3.2	Warenterminmärkte	Es werden Textbestandteile codiert, welche die persönliche Einstellung zu Warenterminmärkten abbilden. Darunter fallen Themenbereiche wie die Spekulation mit Nahrungsmitteln und die Risikoabsicherung . Ebenfalls wird die Bedeutung der Warenterminmärkte für die Ernährungssicherung erfasst.

3.3	Offene Märkte	Mit Hilfe dieser Kategorie wird die Einstellung zu einem offenen Markt ermittelt. Dabei gilt es eine Entscheidung zwischen offenen Märkten und Autarkiebestrebungen zu treffen. Zudem wird abgebildet, ob die Politik inländische Akteure gegenüber ausländischen Akteuren bevorzugen sollte.
3.4	Generelle zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft	Hier wird die generelle Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft thematisiert und Aspekte wie Regionalität, Betriebskooperationen, Heterogenität, Diversifizierung und Klimaresilienz beleuchtet.
3.5	Einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft	Diese Kategorie zielt auf die Betriebsebene ab und fragt in zwei Unterkategorien nach der Gestaltung des Ackerbaus und der Tierhaltung in der Zukunft. In der Unterkategorie Ackerbau wird der Ökolandbau thematisiert und in Bezug zur Versorgungssicherheit gesetzt. Weiterhin wird hier die Bedeutung der Biodiversität erfasst. In der Unterkategorie Tierhaltung liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung der Tierzahlen und der Wirtschaftsdüngerproblematik .
3.6	Strukturwandel in der Landwirtschaft	In diesem Segment werden Aussagen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft gesammelt. Hierbei steht die Spezialisierung bzw. Entwicklung der Betriebsgröße im Vordergrund und der Beitrag der Betriebsgröße zur Ernährungssicherung .
3.7	Zukünftige Ausrichtung der GAP	Die zukünftige Ausrichtung der GAP stellt eine weitere Kategorie dar, welche die Wünsche und Anforderungen an deren künftige Gestaltung erfasst. Hierunter fallen Aspekte wie weniger Bürokratie, öffentliches Geld für öffentliche Leistungen, Stärkung der kleinen Betriebe und die Einstellung zu produktionsbeschränkenden Maßnahmen .
3.8	Green Deal	Es werden Textbestandteile codiert, die die Einstellung zum Green Deal widerspiegeln. Hierbei geht es in erster Linie um die persönliche Einstellung zur Realisierbarkeit der Ziele und dem Beitrag der Landwirtschaft zum Green Deal .

3.9	Staatliche Einflussnahme auf den Transformationsprozess in der Landwirtschaft	In dieser Kategorie werden Maßnahmen abgefragt, die der Staat ergreifen sollte, um den Transformationsprozess in der Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Hierunter fallen Aspekte, wie die Verbraucherbildung , der Bürokratieabbau , die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Entscheidungsprozess und die Förderung von Entwicklung und Forschung .
3.10	Freiflächen-Photovoltaik im Spannungsverhältnis zur Lebensmittelproduktion	Diese Kategorie bildet den Zielkonflikt zwischen der Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Freiflächen-PV einerseits und der Lebensmittelproduktion andererseits ab. Es werden Aspekte wie die standortabhängige Umsetzung von Freiflächen-PV und die Bedeutung von Raumordnungsverfahren thematisiert. Gleichzeitig wird der Stellenwert von Freiflächen-PV im Vergleich zur Lebensmittelproduktion abgefragt.
3.11	Steigende Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards	Die steigenden Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards waren ebenfalls Bestandteil der Interviews. Hierbei geht es um die persönliche Einschätzung zur Sinnhaftigkeit von höheren Tierwohlstandards .
3.12	Fleischkonsum	Mit diesen Codes wird die persönliche Einstellung zur Reduktion des Fleischkonsums für eine nachhaltigere und zukunftsorientierte Landwirtschaft abgefragt. Des Weiteren wird der Beitrag einer staatlichen Tierhaltungskennzeichnung für eine nachhaltigere Gestaltung des Fleischkonsums beleuchtet.

Quelle: Eigene Darstellung

3 Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse

3.1 Einstellung zu staatlichen Markteingriffen

Die Einstellungen zu staatlichen Markteingriffen waren divers, wobei sich generell eine Ablehnung von staatlichen Markteingriffen abzeichnet. Insgesamt wurden vierzig Textstellen zu diesem Bereich codiert. Darunter fielen am häufigsten Aussagen zur strikten Ablehnung von staatlichen Markteingriffen oder zumindest zur Reduktion der staatlichen Markteingriffe auf ein Minimum (11 Probanden). Weniger häufig, aber dennoch vertreten, waren Aussagen zur Erforderlichkeit von staatlichen Markteingriffen, was teilweise in abgeschwächter Form von „wünschenswert“ geäußert wurde (4 Probanden).

Die Ablehnung der staatlichen Markteingriffe beruhte vor allem auf negativen Erfahrungen der Vergangenheit. So wurden die Quotenregelungen als eine dieser negativen Erfahrungen angeführt: *„Nehmen Sie die Milchquote. Die hat uns jahrzehntelang gehemmt.“* Als Resultat präferierten die Kritiker der staatlichen Markteingriffe klar den freien Markt: *„Jedes Mal, wenn der Staat in die Märkte eingreift, geht das eigentlich grundsätzlich daneben. (...) Angebot und Nachfrage sind das beste Regelwerk für Märkte.“* Weiterhin gab es Verfechter von freien Märkten, die jedoch unter besonderen Umständen zu temporären staatlichen Markteingriffen tendierten (*„Grundsätzlich halte ich staatliche Eingriffe nur dann für erforderlich, wenn Not am Mann ist.“*) oder sich bestimmte Rahmenbedingungen wünschten (*„Gleichzeitig denke ich aber auch, dass es notwendig ist, dass wir bestimmte Rahmenbedingungen haben, die eine gewisse Sicherheit und Planbarkeit für die Märkte und irgendwie das Miteinander gestalten.“*).

Auf der anderen Seite fanden sich insgesamt vier Befürworter der staatlichen Markteingriffe. Diese sahen die Erforderlichkeit der staatlichen Markteingriffe in Bereichen wie der Nachhaltigkeit und der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen: *„Solange wir im Lebensmittelbereich freie Märkte haben, können wir nachhaltige Lebensmittel nach den Standards, die wir in Deutschland anstreben, nicht vermarkten.“* Des Weiteren wurden staatliche Markteingriffe im Bereich der Versorgungssicherheit (*„Entsprechend brauchen wir tatsächlich für die Märkte klare Planung. Das heißt eben, dass wir die Wertschöpfungsketten gesondert fördern müssen, weil es ein Mehrwert für uns ist, wenn wir die Nahrungsmittel hier selber produzieren können.“*) und des Tierschutzes gefordert.

Eine Person lehnte staatliche Markteingriffe auf nationaler Ebene grundsätzlich ab: *„Wenn der Staat eingreift in die Wertschöpfungskette, ist das meines Erachtens eher hinderlich oder auch schädlich, weil es einfach auch dann zu Verlagerungsprozessen und zu unerwünschten Effekten kommt (...).“* Stattdessen sprach sie sich für Markteingriffe auf europäischer Ebene aus: *„Wenn der Staat das*

unbedingt machen will, dann muss er das auf europäischer Ebene machen, dass man einen einheitlichen Binnenmarkt hat, mit gleichen Bedingungen, gleichen Voraussetzungen.“

3.2 Einstellung zu Warenterminmärkten

In Bezug auf Warenterminmärkte wurden die Interviewpartner nach ihrer persönlichen Meinung zu Warenterminmärkten gefragt, die oftmals mit der Spekulation bei Nahrungsmitteln in Verbindung gebracht werden. Weiterhin wurde die Frage gestellt, ob sie hinsichtlich der Begegnung der Nahrungsmittelkrise das richtige Instrument seien. In dieser Kategorie ergaben sich zwei eindeutige Positionen, sodass einerseits die Relevanz von Warenterminmärkten für die Planbarkeit, Risikoabsicherung und Produktivität hervorgehoben wurde. Andererseits wurden Warenterminmärkte als kontraproduktiv für die Ernährungssicherung erachtet und die Spekulation mit Nahrungsmitteln als nicht vertretbar eingestuft.

So sprachen sich neun Personen grundsätzlich für Warenterminmärkte aus, da sie einen Nutzen in diesen Märkten sehen: *„Grundsätzlich würde ich nicht gegen Warenterminmärkte agieren, weil die auch stabilisierend auf die Produktivität wirken können.“* Die Risikoabsicherung wurde dabei besonders häufig hervorgehoben: *„Und dass wir da ein spekulatives Element haben, ist aus unserer Sicht, in der Landwirtschaft ganz wichtig, weil die landwirtschaftlichen Akteure, die also selber die Ware halten, brauchen die Warenterminmärkte, um aus dem Risiko rauszugehen.“* Gleichzeitig machten die Befragten deutlich, dass eine Spekulation mit Nahrungsmitteln nicht vertretbar sei (8 Probanden): *Wenn es dann wieder um die Spekulation mit Lebensmitteln geht, die Regionen betreffen, wo vielleicht Nahrungsmittel ohnehin knapper Güter sind, dann finde ich das aus meiner persönlichen Sicht ethisch und moralisch nicht vertretbar.“* Ein weiterer Teil der Befragten hat sich zu der Thematik nicht geäußert, da der Bezug und das Wissen über diese Märkte fehlte: *„Das passt jetzt nicht zu meinem Portfolio und ich glaube, die Frage mit Warentermingeschäften können wir ganz überspringen.“*

3.3 Offene Märkte

In dieser Kategorie stand der Zielkonflikt zwischen der Offenhaltung der Märkte und möglichen Autarkiebestrebungen im Mittelpunkt. Zudem wurden die Interviewpartner gefragt, ob die Politik inländische Akteure entlang der Wertschöpfungskette bevorzugen oder an einem offenen und weltmarktorientierten Ernährungssektor festhalten sollte. Die Auswertung hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten offene Märkte bevorzugte (16 Probanden). Hierbei ist allerdings zu ergänzen, dass sich nahezu alle Befragten gewisse Einschränkungen bei der Offenhaltung wünschten.

Demgegenüber hat sich bei der Bevorzugung von inländischen Akteuren im Vergleich zu einem offenen und weltmarktorientierten Ernährungssektor kein eindeutiges Meinungsbild ergeben.

Hinsichtlich der Einschränkungen bei einer Offenhaltung der Märkte verwies der Großteil der Befragten auf die Notwendigkeit der Angleichung der internationalen Wettbewerbsbedingungen und Produktionsstandards: *„Ja, grundsätzlich sollte der Staat die Märkte offenlassen. Wichtig ist aber in dieser Hinsicht, dass alle Marktteilnehmer nach den gleichen Spielregeln spielen.“* Hingegen führten die Befürworter der Autarkie den Wunsch nach einer nationalen Selbstversorgung mit Lebensmitteln als einen Beweggrund für die Abschottung der Märkte an: *„Sondern ich glaube, dass Ernährung wieder mehr in den Ländern sein muss. Stichwort Autarkie.“*

Bei der Bevorzugung von inländischen Akteuren hat sich kein klares Meinungsbild ergeben, da einige Interviewteilnehmer zwar einen offenen weltmarktorientierten Ernährungssektor für erstrebenswert hielten, allerdings im Moment inländische Akteure in bestimmten Bereichen als benachteiligt eingestuft wurden (4 Probanden): *„Ja, zurzeit ist es so, dass in Deutschland die Akteure der Wertschöpfungskette benachteiligt und nicht bevorteilt sind. Das heißt, wir haben hier in Deutschland die höchsten Auflagen in allen Bereichen, was die Tierhaltung angeht, gegenüber dem EU-Ausland, aber auch noch nicht EU-Ausland und insofern haben wir Verlagerungseffekte.“* Zusätzlich wurde die Bevorzugung inländischer Akteure (5 Probanden) unter dem Gesichtspunkt der Regionalität und Nachhaltigkeit diskutiert: *„Dann sollten wir aber deutlich machen, wie sinnvoll Regionalität ist, also mehr regionale Produkte und dass das sowohl ökonomisch als auch ökologisch für unsere Versorgungssicherheit sinnvoll ist.“* Somit stand auf der einen Seite der offene und weltmarktorientierte Ernährungssektor, der jedoch von vielen Befragungsteilnehmern nur unter gewissen Prämissen als sinnvoll erachtet wurde (9 Probanden).

3.4 Generelle zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft

Die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft im allgemeinen Sinne wurde von den Befragungsteilnehmern viel diskutiert, sodass insgesamt knapp sechzig Textstellen in dieser Kategorie codiert werden konnten. Die folgende Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Aspekte, welche sich die Interviewpartner für die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft wünschten.

Tabelle 3:
Aspekte einer generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft

Aspekte einer generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft	
Zitat	Aspekt
<i>„Der technische Fortschritt (...) damit wird Transparenz geschaffen. Damit wird auch wieder eine ganz andere Form der Kenntnis über Landwirtschaft geschaffen.“</i>	Mehr Transparenz
<i>„Wir haben zurzeit einen Megatrend, der auch ein gesellschaftlicher Trend ist, über alle Produktgruppen hinweg. Wir kommen nämlich von der Produktqualität zu einer Prozessqualität.“</i>	Zunehmende Bedeutung der Prozessqualität
<i>„Das Wichtigste ist, dass Landwirtschaft in Deutschland überlebt und wettbewerbsfähig bleibt und das möglichst im Sinne der Nachhaltigkeit und unter Klimaschutzaspekten.“</i>	Wirtschaftlichkeit bzw. Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen
<i>„Da müssten alle an einem Strang ziehen. Und dann wäre die Vorstellung, dass Landwirtschaft wieder eine Wertschätzung, also eine positive öffentliche Wirksamkeit hat.“</i>	Zusammenhalt der Landwirtschaft stärken
<i>Ich glaube, dass wir regionalere Bezüge brauchen. Also wir brauchen nicht unsere Milch nach China exportieren und umgekehrt brauchen wir auch kein Schweinefleisch aus China. Das können wir (...) selber machen.“</i>	Mehr Regionalität
<i>„Eine heterogene Milcherzeugung, die ihre Potenziale in den Regionen so auslebt, wie es die Rahmenbedingungen in der Region bestmöglich vorgeben.“</i>	Heterogene und diversifizierte Landwirtschaft
<i>„Wir brauchen auch eine Diversifizierung in den Betrieben. Damit wir ein bisschen breiter aufgestellt sind, um auf die Situation an den Märkten reagieren zu können, sprich mehrere Standbeine, Risikoverteilung, als Stichworte.“</i>	
<i>„Dass Landwirtschaft als Teil des ländlichen Raums bestehen bleibt, allein schon aus Gründen der Daseinsfürsorge.“</i>	Landwirtschaft als Bestandteil des ländlichen Raumes
<i>„Wir sehen, wie ich schon gesagt habe, die Erträge steigen nicht, sondern Höchsterträge sind eher die Ausnahme, wenn man die Agrarstatistik sieht und von daher gesehen brauchen wir die klimaresiliente Landwirtschaft.“</i>	Klimaresiliente Landwirtschaft

Allein aus verschiedensten Gründen, (...) sehe ich einen klimaresilienten Betrieb so (...), dass in Zusammenhängen gearbeitet werden muss. Das heißt, wenn wir jetzt von Taube diese Hybridlandwirtschaft sehen, dass es also eine Kooperation zwischen viehhaltenden Betrieben und Ackerbaubetrieben geben muss.

Betriebskooperationen

„Und das ist natürlich etwas, bei dem wir ganz klar sagen, die Zukunft sollte sich ausrichten auf den veganen Ökolandbau.“

Veganer Ökolandbau

Quelle: Eigene Darstellung

Einen besonders hohen Stellenwert bei der generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in der Zukunft nahmen die **Regionalität** (4 Probanden), **eine heterogene und diversifizierte Landwirtschaft** (8 Probanden) und die **Betriebskooperationen** (4 Probanden) ein. Bei den Betriebskooperationen wurde des Weiteren durch eine Person speziell auf die Hybridlandwirtschaft verwiesen. Die Regionalität bezog sich in erster Linie auf die Produktion von Nahrungsmitteln vor Ort, wobei eine Person den Gedanken der Regionalität weiterführte und die solidarische Landwirtschaft als ein Konzept der Zukunft vorschlug. Der vegane und regenerative Ökolandbau wurde durch zwei Personen sehr stark präferiert.

3.5 Einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft

Die einzelbetriebliche Ausrichtung der Landwirtschaft stellt eine Ergänzung zum vorherigen Unterkapitel 3.4 dar. Hierbei wurde die „Tierhaltung“ und der „Ackerbau“ adressiert, was durch die Bildung zweier Unterkategorien erfolgte. Beginnend mit der Tierhaltung zeigte sich deutlich, dass die Befragten von einer Abnahme der Tierbestände in den nächsten Jahren ausgingen (7 Probanden): *„Als Tierhalter bin ich natürlich ein Freund davon, wenn die Tierhaltung weiter Bestand haben wird. Ich glaube aber, dass wir in spätestens zehn Jahren Tierhaltung nur noch tatsächlich im Naturschutzbereich haben.“* Als Grund für die Verschiebung des Verhältnisses von der Tierhaltung zum Ackerbau wurde zum einen die Veränderung des Verbraucherverhaltens angeführt und zum anderen die Nahrungsmittelkonkurrenz der Tiere diskutiert. Des Weiteren wurde in jenem Kontext eine standortabhängige Nutzung vorgeschlagen (2 Probanden): *„Es gibt Standorte in Deutschland, wo die Tierhaltung absolut sinnvoll ist, wo ich kein Getreide und kein Gemüse anbauen kann.“* Die standortabhängige Nutzung wurde zudem explizit auf das Grünland übertragen, sodass insgesamt vier Interviewteilnehmer der Meinung waren, dass die Tierhaltung wichtig sei, um das Grünland sinnvoll zu nutzen: *„Was aber super produktiv wäre, wenn wir zum Beispiel Grasflächen mit Grasflächeneiweiß machen, indem wir da Kühe grasen lassen und die nicht mit was Anderem ernähren.“*

Die etwas drastischere Abschaffung der Tierhaltung wurde lediglich durch eine Interviewteilnehmerin befürwortet, was durch staatliche Ausstiegsprogramme gefördert werden sollte: *„Also hier würden wir uns natürlich ganz klar (...) die Ausstiegsprogramme für Landwirte und Landwirtinnen wünschen, um die Produktion deutlich zu senken und gleichzeitig den veganen Ökolandbau natürlich zu fördern.“*

Einen weiteren Themenschwerpunkt in der Tierhaltung bildete die Wirtschaftsdüngerproblematik, wobei vor allem die Verteilung der Wirtschaftsdünger diskutiert wurde. Vier Interviewteilnehmer hielten eine bessere Verteilung der Wirtschaftsdünger für wünschenswert: *„Das Verhältnis Tierhaltung zu Ackerbau, das wäre so ein Punkt, der in unserem Bereich „Gewässerschutz“ eine Rolle spielt. Wenn der einigermaßen ausgeglichen ist, also so, dass ich den in der Tierhaltung anfallenden Wirtschaftsdünger sinnvoll im Ackerbau umsetzen kann, dann sind wir schon auf einem guten Weg.“*

Als Lösung für die Wirtschaftsdüngerproblematik wurde die Kopplung der Tierhaltung an den Ackerbau, die Änderung der politischen Rahmenbedingungen und die Änderung des Verbraucherverhaltens hin zu weniger Fleischkonsum angeführt.

In der Unterkategorie „Ackerbau“ wurde zunächst analog zur „Tierhaltung“ ein standortangepasster Ackerbau diskutiert (2 Probanden): *„Der Ackerbau sollte sich an den Standort bzw. Boden orientieren. Nicht jeder Boden eignet sich für eine Kartoffel oder für einen Spargel oder für Gemüse. (...) Also ein standortangepasster Ackerbau.“* Weiterhin wurde von einer Interviewteilnehmerin unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes und der Biodiversität die Reduktion des Mineraldüngereinsatzes und die Wiedervernässung der Moore gefordert. Die Relevanz der Biodiversität wurde von zwei weiteren Interviewteilnehmern hervorgehoben: *„Aber man muss natürlich auch überlegen, wie das mit dem Landschaftsbild, wie das mit der Artenvielfalt aussieht. Und heute werden (...) Blühstreifen und dergleichen ja auch finanziert, weil man das eben haben will, weil man eben wegkommen will von diesem einheitlichen Bild.“*

Den letzten Aspekt innerhalb der einzelbetrieblichen Ausrichtung bildete der Ökolandbau, wobei die Auswertung gezeigt hat, dass die Mehrheit der Interviewteilnehmer pauschale Zielvorgaben für den Ökolandbau ablehnte und stattdessen einen Ökolandbau entsprechend der Marktnachfrage präferierte (11 Probanden): *„Ein gewisser Anteil an Ökolandbau ist sicherlich richtig, aber nur in Höhe der Nachfrage der Verbraucher.“* Damit einher ging die Forderung nach einer standortabhängigen Umsetzung des Ökolandbaus, sodass die Potenziale von Gunststandorten ausgeschöpft werden: *„Und dann werden wir ein sehr differenziertes Bild erleben, weil es Regionen gibt in der Europäischen Union und auch in den einzelnen Ländern, die sich dafür besser eignen als andere Regionen.“* Hinsichtlich des Zielkonfliktes Versorgungssicherheit versus Ökolandbau ließ sich kein Konsens ableiten, da vier Interviewteilnehmer den Ökolandbau der Versorgungssicherheit vorzogen und drei

Interviewteilnehmer der Versorgungssicherheit die größere Bedeutung einräumten: „*Wir sind in einer gewissen moralischen Verpflichtung, auch die Welt zu ernähren.*“

3.6 Strukturwandel in der Landwirtschaft

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft bildete ein weiteres thematisches Feld bei der Befragung. Dabei hat sich gezeigt, dass die Mehrheit der Interviewteilnehmer den Strukturwandel als natürlichen Prozess betrachtet, den man nicht aufhalten könne bzw. dass die Betriebsgröße eine unternehmerische Entscheidung sei (10 Probanden): „*Letztendlich kann man sagen, in der Zukunft wird es immer weniger und immer größere Betriebe geben. Das ist einfach der Lauf der Dinge. Den werden wir auch niemals aufhalten können.*“ Trotzdem machten einige Interviewteilnehmer deutlich, dass es für die Zukunft wünschenswert wäre, wenn sich ein Mittelweg finden ließe, welcher auch die kleineren Betriebe beinhaltet: „*Das heißt, für die Gesamtgesellschaft ist es auf jeden Fall resilienter, wenn wir eine ganz bunte Vielfalt haben.*“ Diese müssten die Chancen als kleinstrukturierte Betriebe nutzen und sich der resultierenden Herausforderung stellen (4 Probanden): „*Und darum glaube ich, ist es eine große Herausforderung, dass auch kleinstrukturierte Betriebe, die vielleicht einen hohen anderen gesellschaftlichen Wert erzeugen, dann aber auch andere Einkommensquellen finden müssen, als die hochspezialisierten Betriebe, die vielleicht zu anderen Kostenstrukturen produzieren können.*“ Als Ergänzung zum Strukturwandel wurde in dieser Kategorie der Beitrag der Betriebsgröße zur Ernährungssicherung thematisiert. In diesem Zusammenhang machte die Mehrheit der Interviewteilnehmer deutlich, dass die Ernährungssicherung nur durch eine vielfältige Landwirtschaft sichergestellt werden könne (10 Probanden): „*Ich glaube, dass Sicherheit nur durch Vielfalt kommt. Ich glaube, wir brauchen nicht nur kleine Betriebe, aber nur große Betriebe machen uns auch nicht sicherer.*“ An dieser Stelle ist bezüglich der großen Betriebe zu ergänzen, dass jene Betriebe aus Sicht der Mehrheit der Interviewteilnehmer für die Grundversorgung relevant seien (7 Probanden): „*Ich glaube, wir brauchen die spezialisierten Betriebe, um eine Grundversorgung in Deutschland sicherzustellen.*“

3.7 Zukünftige Ausrichtung der GAP

In diesem Unterkapitel werden die Ergebnisse zur Ausrichtung der GAP in der Zukunft vorgestellt. Da die diskutierten Aspekte sehr vielfältig waren, werden die Ergebnisse für eine bessere Übersichtlichkeit in der nachstehenden Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4:
Aspekte einer Ausrichtung der GAP in der Zukunft

Aspekte einer zukünftigen Ausrichtung der GAP	
Zitat	Aspekt
<p>„Die GAP sollte eine gewisse Absicherungsfunktion übernehmen, was die Einkommenssicherung angeht. Dass eben in Jahren, mit schlechten Marktpreisen, ich ein gewisses Prämieeinkommen habe, über das ich einigermaßen sicher verfüge und dadurch eine Planungssicherheit habe.“</p>	Einkommenssicherung
<p>„Wir glauben aber, dass die Nachhaltigkeitsziele – wenn man an Klimaschutz, Biodiversität, Gewässerschutz, Tierwohl denkt – ihre Bedeutung behalten und in der Bedeutung auch weiter zunehmen werden.“</p>	Integration der Nachhaltigkeit mit entsprechender Vergütung
<p>„Es darf nicht wie bisher in der zweiten Säule nur ein Nachteilsausgleich sein, sondern es muss eine attraktive Honorierung sein, die auch etwas Positives zum Unternehmenseinkommen beiträgt.“</p>	
<p>„Die GAP braucht auch neue Instrumente, wenn man eine gemeinsame Agrarpolitik will. Da ist sicherlich eine Menge Innovation gefragt.“</p>	Schaffung neuer innovativer politischer Instrumente
<p>„Die GAP wird sich ändern. Ich glaube – das wird jeder sagen – dass das System der Direktzahlungen früher oder später abgelöst wird.“</p>	Abschaffung der Direktzahlungen
<p>„Und da bedarf es meines Erachtens schon Instrumente, dass wir die Tierhaltung hier weiter in einem vernünftigen Maß und vielleicht auch in einem verbesserten Maß durchführen können, als dass wir es jetzt haben.“</p>	Tierhaltung fördern und verbessern
<p>„Die Politik möchte jetzt Einfluss auf die Produktion nehmen und das halte ich für verkehrt.“</p>	Keine Einmischung der Politik in die Produktion

<p><i>„Das sind alles Forderungen an die Landwirtschaft, die sich ja auch teilweise beißen und widersprechen. Und die muss man gegeneinander abwägen.“</i></p>	<p>Bessere Abstimmung der politischen Ziele aufeinander</p>
<p><i>„Die GAP ist nicht fest oder konstant, sondern die ändert sich. Und ich denke, sie hat auch die richtige Richtung. Nur das Tempo ist ein bisschen sehr langsam, da kann noch mehr passieren. Und mit mehr Tempo, heißt es auch, dass das ein oder andere Instrument dazu kommen kann.“</i></p>	<p>Aktuelle Ausrichtung der GAP akzeptabel</p>
<p><i>„Also jemanden mitzunehmen und ihn zum Überzeugungstäter zu machen, ist allemal besser, als wenn man das immer nur per Vorgabe macht.“</i></p>	<p>Freiwillige Förderprogramme</p>
<p><i>„Es ist einfach so ein Regelwerk, das über Jahrzehnte gewachsen ist und mittlerweile viel zu komplex und kompliziert ist. Ich glaube, wir müssen weg von 1000 einzelnen Regelungen.“</i></p>	<p>Weniger komplexe Agrarpolitik</p>
<p><i>„Auf jeden Fall müssen die Dinge parallel laufen und der Klimaschutz darf in keinem Fall ausgesetzt werden aufgrund von anderen Beschränkungen.“</i></p>	<p>Klimaschutz darf nicht ausgesetzt werden</p>
<p><i>Die Prüfstruktur reduzieren, aber dafür die Anzahl der Überprüfungen steigen lassen. Also, dass das nationale Recht, was die Ziele der EU schon formuliert hat, mehr überprüft wird.“</i></p>	<p>Kontrollinstrumente verringern</p>
<p><i>„Also dieses DVL-Modell bezieht sich jetzt primär nur auf die Umweltstandards. Aber ich könnte mir gut vorstellen, dass man das erweitert in Zukunft. Auf eben alle gesellschaftlichen Ziele, also auch die sozialen Bereiche, wie eine Gemeinwohl-Matrix.“</i></p>	<p>Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen</p>

„Das Zweite ist diese klassische Kritik mit der Säulenverschiebung: Dass eben nicht mehr die großen Unternehmen mit viel Fläche zugeschüttet werden – möchte ich mal ganz plump sagen – sondern dass hier wirklich eine Umverteilung gemacht wird.“

Stärkung der kleinen Betriebe

„Die haben die Umweltfolgekosten mal mit eingerechnet, also die Kosten, die wir bezahlen für Ökolandbau. Und die beziffern die auf 750 € pro Hektar, die uns Verbraucher das getarnt mehr kostet, wenn wir intensive Landwirtschaft versus Ökolandbau haben. Und das ist doch mal Geld, das man jetzt direkt zur Förderung des Ökolandbaus verwenden sollte.“

Förderung ökologischer Betriebe

Quelle: Eigene Darstellung

Die Tabelle veranschaulicht, dass die zukünftige Ausrichtung der GAP viel diskutiert wurde. Dabei ist anzumerken, dass der Aspekt „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ durch insgesamt sieben Interviewteilnehmer genannt wurde, womit dieser Gesichtspunkt die größte Häufigkeit besaß. Daran schlossen sich die Schaffung neuer innovativer Instrumente und die Verfolgung von Klimaschutzzielen in Krisenzeiten an (5 Probanden).

Einen weiteren Bestandteil dieser Kategorie bildeten die persönlichen Einstellungen zu produktionsbeschränkenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang zeichnete sich deutlich ab, dass die Mehrheit der befragten Personen jene Maßnahmen generell für sinnvoll hielten (13 Probanden): *„Ich glaube, dass die Produktionsbeschränkungen – wenn sie der Nachhaltigkeit dienen – sinnvoll sind.“* Allerdings wurde oftmals als Einschränkung eine standortabhängige bzw. betriebsindividuelle Umsetzung hinzugefügt (5 Probanden): *„Und dazu gehören technische Innovationen, die vielleicht gar nicht auf Produktionsreduktion setzen. Und in anderen Regionen, in anderen Bereichen geht es eben mit einer Produktionsreduzierung einher. Die ich aber nicht staatlich für bestimmte Regionen verordnen würde.“*

Demgegenüber standen einige Kritiker von produktionsbeschränkenden Maßnahmen, welche diese wegen des aktuellen Weltgeschehens oder grundsätzlich ablehnten (5 Probanden): *„Was ich allerdings nicht sehe ist, dass wir landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion herausnehmen und diese landwirtschaftlichen Flächen am Ende des Tages so reduzieren, dass wir weniger Anbauflächen für Getreide haben – sowohl für Brotgetreide als auch für Futtergetreide. Das ist für mich nicht nachhaltig, weil wir dadurch im Prinzip den Hunger in der Welt fördern und die Probleme der Minderversorgung der Welt mit günstigen Rohstoffen ins Ausland verlagern.“* Ergänzend wurde hierbei vereinzelt

angeführt, dass in jenem Bereich primär Forschung und Entwicklung betrieben werden sollte (2 Probanden): *„Wir müssen es eigentlich hinbekommen, durch Innovationen, durch Entwicklungen und weniger durch Verbote, die dazu führen, dass zum Beispiel die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet ist und dass wir auf unseren Böden extrem weniger Erträge haben und damit die Thematik wie Hunger in der Welt fördern – das können wir uns eigentlich nicht leisten.“*

3.8 Green Deal

In diesem Unterkapitel wird die Einstellung zum Green Deal und dem Beitrag der Landwirtschaft vorgestellt. Die Auswertung in dieser Kategorie hat ergeben, dass die Mehrheit der Teilnehmer die gesetzten Ziele des Green Deals befürworteten (12 Probanden): *„Meine Einschätzung und Haltung an der Stelle ist, dass ich grundsätzlich keinen Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit sehe. Und vor dem Hintergrund halte ich die im Green Deal verankerten Ziele in Bezug auf die Klimaschutzmaßnahmen für absolut sinnvoll.“* Ein weiterer Teil der Interviewteilnehmer schätzte den Green Deal gleichzeitig als eine Herausforderung mit tiefgreifenden Veränderungen ein (5 Probanden): *„Der Widerstand ist groß in der Branche. Es wird ein Kampf, es wird ein Kampf. Aber es nützt nichts. Wir müssen uns den Realitäten stellen und das nützt nichts mit Modellen der Vergangenheit dagegen anzugehen.“* Lediglich ein kleiner Anteil hatte die Befürchtung, dass einige Betriebe an einem solchen Transformationsprozess nicht teilnehmen werden (2 Probanden). Zudem wurden von jenen Teilnehmern die gesetzten Ziele tendenziell abgelehnt: *„Man fühlt sich als Landwirt ein bisschen entmündigt. Man hat es mal gelernt und meint, man macht auch das Richtige für den Boden und für die Umwelt. Und jetzt werden uns Vorgaben gemacht, die manchmal ein bisschen weit weg sind von der Praxis. Und deswegen halte ich von diesem Green Deal wenig.“* Wie in den vorherigen Unterkapiteln wurde auch in dieser Unterkategorie eine standortabhängige Umsetzung an Stelle von pauschalen Vorgaben gefordert (3 Probanden): *„Womit ich beispielsweise meine Schwierigkeiten habe, ist, dass wir nicht hochproduktive Regionen oder Flächen mit Klimaschutzmaßnahmen belegen und damit im Endeffekt die Produktion in andere Teile der Welt verlagern, die dort vielleicht zu schlechteren, klimaschädlicheren Bedingungen hergestellt werden als bei uns.“*

Den zweiten Bestandteil dieses thematischen Schwerpunkts bildete der Beitrag der Landwirtschaft am Green Deal. Auch hier bestand die Einigkeit, dass die Landwirtschaft eine zentrale Bedeutung spiele oder zumindest einen Beitrag leisten müsse (16 Probanden): *„Die Landwirtschaft sollte einen Beitrag am Green Deal leisten, indem sie schaut, was sie an Maßnahmen treffen kann, ohne dass die Produktivität zurückgeht.“* Gleichzeitig unterstrichen die Probanden, dass der Beitrag entlohnt werden müsse und die Produktivität erhalten bleiben sollte (3 Probanden). Auch ist es wichtig, den Dialog mit

der Landwirtschaft zu suchen: *„Und das Schwierige ist eben: Wie kriege ich die Landwirte in diesen Prozess eingebunden, damit sie nicht sagen: Das kommt aus Brüssel, und ich will es nicht. Sondern sie müssen mitgenommen werden. Ich sehe das im Wesentlichen als ein Kommunikationsproblem an.“*

3.9 Einflussnahme auf den Transformationsprozess der Landwirtschaft

In diesem Unterkapitel wurde der Frage nachgegangen, wie der Staat den Transformationsprozess zu einer klimaresilienten Landwirtschaft unterstützen kann. Die Auswertung hat ganz unterschiedliche Einflussmöglichkeiten ergeben, wobei an erster Stelle zielgerichtete Maßnahmen standen (4 Probanden): *„Insgesamt glaube ich, kann vieles besser unterstützt werden, wenn es zielgerichteter mit weniger Gießkannenmentalität umgesetzt wird.“* Daran schloss sich der Bürokratieabbau an (4 Probanden): *„Er könnte Bürokratie abbauen, Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien möglichst beschleunigen (...), sodass wir möglichst schnell diese Themen nach vorne treiben.“* Des Weiteren wurden finanzielle Anreize an Stelle von Verboten und Regeln gefordert oder zumindest ein guter Kompromiss im Sinne einer Förderung und Forderung (4 Probanden): *„Also das ganze System über Anreize und nicht über Verbote und Regeln.“* Als weiterer Aspekt wurde die Verbraucherbildung genannt: *„Also darf es durchaus mit Bildungsangeboten einhergehen.“* Zeitgleich erachtete ein Proband die Einbeziehung der Landwirtschaft in politische Entscheidungen als sinnvoll: *„Das ist vielleicht das Wichtige, dass die Politik mehr auf die Praktiker hört. Ich glaube, dass die komplett den Kontakt zur Landwirtschaft verloren haben.“* Deutlich seltener, aber dennoch vertreten war auch in dieser Kategorie der Wunsch nach standortspezifischen Regelungen (1 Proband): *„Ich würde es gut finden, wenn quasi mehr auf die Region eingegangen wird und Dinge nicht pauschal geregelt werden würden.“* Vereinzelt wurden zudem Themen angesprochen, welche den Aufbau von Vorräten beinhalteten und auf die Versorgungssicherheit abzielten (1 Proband): *„Bis wir wieder in ein ruhiges Fahrwasser im Weltmarkt kommen wird es sicherlich notwendig sein, erstmal wieder Vorratshaltung zu betreiben.“* Das Sicherheitsbedürfnis spiegelte sich zu guter Letzt auch in der Forderung nach mehr Planungssicherheit wider (1 Proband): *„Und dass wir vor allem bei diesem Wandel zu mehr Nachhaltigkeit Planungssicherheit schaffen.“*

3.10 Freiflächen-Photovoltaik im Spannungsverhältnis zur Lebensmittelproduktion

Die derzeitige Debatte über die Etablierung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen ist Gegenstand dieses Unterkapitels, wobei die Auswertung gezeigt hat, dass lediglich vier Interviewteilnehmer Freiflächen-Photovoltaik in Deutschland ablehnten: *„Ich bin überhaupt nicht überzeugt davon, dass*

PV-Anlagen auf diesen Flächen errichtet werden müssen. Ich bin im Grunde genommen ein Freund des globalisierten Marktes und wir haben Regionen in der Welt, wo wir Energie anders erzeugen können und zu viel effizienteren Bedingungen.“ Stattdessen vertraten diese Interviewteilnehmer unter anderem die Meinung, dass sich andere erneuerbare Energien wie die Windkraft besser eignen würden: *„Wir haben andere alternative Formen Energie zu produzieren, die deutlich effizienter sind und einen mit Abstand geringeren Flächenverbrauch haben.“* Den Gegnern der Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen stand eine Mehrheit an Befürwortern gegenüber, die allerdings die Etablierung von solchen Anlagen an gewisse Bedingungen knüpften. So verdeutlichten sie, dass die Lebensmittelproduktion grundsätzlich Vorrang haben sollte und somit die Etablierung der Freiflächen-Photovoltaik Anlagen in jedem Fall standortabhängig durchgeführt werden müsse (14 Probanden): *„Und der Flächenverbrauch findet zumeist statt auf den hochproduktiven, wertvollen Flächen. Und in der Tat ist das etwas, wo ich sagen würde da haben wir tatsächliche Zielkonflikte, die wir zugunsten von Nahrungsmittelproduktion etc. eher nutzen sollten, als für die Erzeugung von Photovoltaik.“* Die standortabhängige Umsetzung wurde ergänzt durch die Forderung nach einem Raumordnungsverfahren, welches die Chancengleichheit betrifft und sicherstellen soll, dass auch Landwirte in Regionen mit günstigen Standortbedingungen von der Förderung profitieren können (5 Probanden): *„Was wir brauchen ist tatsächlich (...) ein vernünftiges Raumordnungsverfahren für freie Freiflächen-PV.“*

3.11 Steigende Verbraucherpreise für höhere Tierwohlstandards

In dieser Kategorie hat die Auswertung deutlich gezeigt, dass als logische Konsequenz für höhere Tierwohlstandards entsprechende Preise gezahlt werden müssten (15 Probanden): *„Ja, ich glaube das es unabdingbar ist. Es gibt aus Augsburg eine gute Studie, wie hoch die Kosten eigentlich wären, wenn alle Kosten eingepreist sind. Und danach kostet konventionell erzeugtes Fleisch 25 % dessen, was es eigentlich kostet, um es zu produzieren. Das ist einfach zu billig.“* Dennoch machten die Interviewteilnehmer deutlich, dass zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied liege, da häufig der Preis und nicht die Qualität entscheide: *„Und wenn dann im Prinzip die Leute weiterhin nicht auf die Haltung gucken, sondern nur auf den Preis, dann wird das dazu führen, dass im Prinzip diese höheren Tierhaltungsstufen nicht genommen werden und damit das zum Rohrkrepierer wird.“* Auch sei die Stärke des Lebensmitteleinzelhandels nicht zu unterschätzen, der die Entwicklung in der Tierhaltung bestimme (2 Probanden): *„Das ist ja das Schlimme, dass wir heute diese Entwicklung in der Tierhaltung, eigentlich durch den LEH getrieben werden.“* Lediglich eine Interviewteilnehmerin forderte in Bezug auf die steigenden Verbraucherpreise eine finanzielle Unterstützung durch den

Staat: „Die sollte dann ausgeglichen werden, beispielsweise durch Mehrwertsteueranpassungen. Da gibt es ja Instrumente, die der Staat nutzen kann, sodass die Belastung für die einzelnen Personen überschaubar bleibt, damit sich natürlich Jeder gesunde Lebensmittel leisten kann.“

3.12 Fleischkonsum

Die letzte Kategorie beschäftigt sich mit der künftigen Entwicklung des Fleischkonsums und der Tierhaltungskennzeichnung. Die Reduktion des Fleischkonsums mit Hinblick auf die Nachhaltigkeit wurde viel diskutiert, wobei sich eine eindeutige Notwendigkeit abzeichnete, den Fleischkonsum zu reduzieren (10 Probanden): „Also der wird sich reduzieren, einfach durch die Änderung der Ernährungsgewohnheiten. Er müsste reduziert werden, zumindest aus Sicht der Ernährungssituation in Deutschland.“ Wichtig sei in diesem Zusammenhang die Verbraucherbildung: „Ich glaube, wenn man diese Verbraucherbildung größer anlegt und das eben auch klarmacht, auch eben mehr über andere Produkte oder andere Lebensmittel informiert, dann könnte es halt schon sein, dass der Fleischkonsum zurückgeht.“ Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass die Wahlfreiheit der Gesellschaft bereits eingeschränkt sei und dass vor allem das Verbraucherverhalten über die Fleischproduktion und damit die Tierhaltung entscheide (6 Probanden): „Am Ende des Tages muss der Verbraucher entscheiden, was er essen möchte und was er nicht essen möchte. Möchte er Fleisch essen, dann soll er gerne Fleisch essen. Möchte er pflanzliche Nahrung zu sich nehmen, dann soll er auch pflanzliche Nahrung zu sich nehmen.“ In Anbetracht der politischen Entwicklungen und den Entwicklungen der Tierhaltung wurde als Ergänzung zum Fleischkonsum die Einstellung zu Fleischimporten abgefragt. Hierbei fiel auf, dass alle Befragungsteilnehmer die Gefahr steigender Fleischimporte erkannte und viele Teilnehmer den Import in bestimmten Bereichen bereits als problematisch ansahen (8 Probanden): „Genau das ist eine tiefe Sorge, (...) weil wir im Selbstversorgungsgrad extrem niedrig sind. Wir sind im Geflügelbereich, im Hähnchenbereich unter 100 % Selbstversorgungsgrad. Wir sind im Putenbereich bei irgendwo 70 %, mit sinkender Tendenz.“ Die Besorgnis bei den zunehmenden Fleischimporten bestand überwiegend in den nicht zu kontrollierenden Produktionsbedingungen und -standards im Ausland (3 Probanden): „Da würde ich mir schon irgendwo Sorgen machen, da es Möglichkeiten gibt, es im Ausland billiger zu produzieren oder mehr zu produzieren und es dann eben nicht den ökologischen Standards entspricht, die ich mir wünschen würde hier für Deutschland.“

Den zweiten Bereich in dieser Kategorie bildete die staatliche Tierhaltungskennzeichnung. Auch hier gab es ein klares Meinungsbild, sodass die Mehrheit der Interviewteilnehmer die Tierhaltungskennzeichnung befürwortete oder bei entsprechender Kommunikationsstrategie und Bezahlung zumindest für sinnvoll hielt (15 Probanden): „Ich bin zweckoptimistisch, aber habe auch so

ein bisschen die Befürchtung, dass es nicht wirklich zieht, wenn es nicht gleichzeitig eine enorme Kommunikationsstrategie gibt, um den Verbrauchern zu erklären, warum er jetzt vier Euro oder zwei Euro bezahlen soll.“ Neben den zahlreichen Befürwortern gab es auf der anderen Seite vereinzelt Gegner der staatlichen Tierhaltungskennzeichnung, die diese generell ablehnten oder die vorhandene privatwirtschaftliche Tierhaltungskennzeichnung bevorzugten (2 Probanden): „Das, was Herr Özdemir sich da jetzt ausgedacht hat, hinsichtlich der Tierhaltungskennzeichnung, ist der absolute Humbug. Das Ganze gibt es schon. Weil die Vorgängerin von Özdemir da zu langsam gewesen ist, ist der Handel daran vorbeimarschiert. Und es macht absolut keinen Sinn zwei unterschiedliche Tierhaltungskennzeichnung auf einer Verpackung zu haben.“

4 Diskussion und Fazit

Nach drei Dekaden der Ausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft an ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen katapultierte der Ausbruch des Ukraine-Kriegs Produktivitäts- und Versorgungsziele zurück auf die politische Agenda. Forderungen nach mehr Autarkie, Abbau von produktivitätshemmenden Auflagen und einem stärkeren Beitrag der deutschen Landwirte zur Welternährung erfuhren im politischen Prozess gesteigerte Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund widmete sich die vorliegende Studie der Frage, wie sich Branchenvertreter die Zukunft der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft vorstellen und welche Wünsche sie an den Transformationsprozess haben. Hat der Ukraine-Krieg das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Anforderungen zugunsten von Produktivitätszielen verschoben? Gibt es ein solches Gleichgewicht überhaupt? Wo bestehen Gemeinsamkeiten und wo liegen die Unterschiede in den Vorstellungen und Wünschen der Beteiligten? Antworten auf diese Fragen liefert die vorliegende Stakeholder-Befragungen mittels qualitativen Tiefeninterviews. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass Großbetriebe eine wichtige Rolle für die Grundversorgung spielen, während kleinere Betriebe für Diversität sorgen. Weiterhin ist man sich einig, dass der Klimaschutz eine hohe Relevanz hat und in der Gemeinsamen Agrarpolitik zukünftig eine wichtige Rolle spielen muss und die Landwirtschaft die in der Farm-to-Fork-Strategie festgelegten Ziele erreichen sollte. Übereinstimmung besteht auch darin, dass Landwirtschaft standortangepasst betrieben werden sollte. So sollten Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen nur auf ertragsschwachen Standorten errichtet werden und Ökolandbau vorwiegend dort betrieben, wo die natürlichen Standortverhältnisse diesem zuträglich sind. Weitestgehende Einigkeit besteht auch darin, dass die Gemeinsame Agrarpolitik stärker auf Gemeinwohlziele ausgerichtet werden sollte und die Mittel zielgerichteter als bisher eingesetzt werden sollten. „Geld mit der Gießkanne“ zu verteilen passe nicht mehr in die Zeit, da sie den Strukturwandel massiv fördere und die Diversität kleiner Betriebe einschränke. Alle befragten Branchenvertreter prognostizieren einen weiteren Rückgang der Tierbestände als Anpassung auf die rückläufige Nachfrage. Normative Aussagen, etwa dass die Tierbestände aufgrund des Ressourcenverbrauchs stärker reduziert werden sollten, finden sich hingegen nur vereinzelt.

Unterschiedliche Auffassungen auf Seiten der Branchenvertreter gibt es bezüglich der Forderung nach mehr Autarkie. Die einen sprechen sich mit Blick auf höhere Selbstversorgungsgrade und volatile internationale Lieferketten dafür aus. Oft ist dies auch mit dem Gedanken an Regionalität und Nachhaltigkeit verbunden. Der überwiegende Teil der Befragten ist allerdings für eine Offenhaltung

der Märkte, allerdings unter gewissen Einschränkungen, etwa dass Tierwohl- und Umweltstandards international harmonisiert werden, um die deutsche Landwirtschaft (insbesondere die Tierhaltung) langfristig konkurrenzfähig zu halten. In diesem Zusammenhang wurde auch mehrfach die Gefahr steigender Fleischimporte genannt. Importiertes Fleisch unterliege nicht den einheimischen Produktions- und Qualitätsstandards.

Zwischen den Branchenvertretern unterscheidet sich die Schärfe der Aussagen deutlich. Während weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Richtung des Transformationsprozesses besteht, gibt es deutliche Unterschiede in der Vehemenz, mit der die jeweiligen Auffassungen vertreten werden. So decken die Forderungen das gesamte Spektrum von „organischen Anpassungsprozessen“ bis hin zu einem „radikalen Systemwechsel“. Dies betrifft insbesondere die zukünftige Rolle von Tierhaltung und Fleischkonsum. Die Aussagen reichen von einer „Reduktion der Tierbestände in Anpassung an die rückläufige Nachfrage“ bis hin zum „veganen Ökolandbau“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Branchenvertreter für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Green Deals vor allem den Aspekt „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ sehen. Landwirte müssten etwas für den Umwelt- und Klimaschutz tun, um GAP-Prämien zu erhalten, ohne solche Bemühungen gehe es nicht. Die Branchenvertreter fordern zum einen die Landwirte auf, sich den notwendigen Veränderungen der Zukunft nicht zu verschließen. Zum anderen fordern sie auch die Politik auf, Landwirte in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubeziehen, um die Akzeptanz politischer Maßnahmen zu erhöhen und bestehende Widerstände zu brechen.

Zusammenfassung

„Zeitenwende“ oder weiter so: Wo sehen Experten die Zukunft der Landwirtschaft?

Der Ukraine-Krieg hat in der jüngeren Vergangenheit zu einer massiven Schieflage des weltpolitischen Gefüges geführt und in diesem Zusammenhang weitreichende Debatten ausgelöst, die auch die Land- und Ernährungswirtschaft betreffen. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel dieses Artikels, mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse die Auslotung des neuen Gleichgewichtes mit ausgewählten Experten der landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zu beleuchten. Befragt wurden zu diesem Thema 17 Vertreter von Unternehmen, Organisationen und Verbänden entlang der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zu zehn Zielkonflikten aus den Themenfeldern: land- und ernährungswirtschaftliche Märkte, Strukturwandel in der Landwirtschaft, Politik, Umwelt/Klima/Ökolandbau und Tier. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass Großbetriebe eine wichtige Rolle für die Grundversorgung spielen, während kleinere Betriebe für Diversität sorgen. Weiterhin ist man sich einig, dass der Klimaschutz eine hohe Relevanz hat und in der Gemeinsamen Agrarpolitik zukünftig eine wichtige Rolle spielen muss, sodass die Landwirtschaft die in der Farm-to-Fork-Strategie festgelegten Ziele erreicht. Unterschiedliche Auffassungen auf Seiten der Branchenvertreter gibt es bezüglich der Forderung nach mehr Autarkie. Die einen sprechen sich mit Blick auf höhere Selbstversorgungsgrade und volatile internationale Lieferketten für diese aus. Der überwiegende Teil ist allerdings für eine Offenhaltung der Märkte. Zwischen den Branchenvertretern unterscheidet sich die Schärfe der Aussagen deutlich. Während weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Richtung des Transformationsprozesses besteht, gibt es deutliche Unterschiede in der Vehemenz, mit der die jeweiligen Auffassungen vertreten werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Branchenvertreter für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Green Deals vor allem den Aspekt „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ sehen.

Abstract

"Turn of an Era" or business as usual: Where do experts see the future of agriculture?

In the recent past the war in Ukraine has led to a massive imbalance in the global political structure and in this context triggered far-reaching debates that also affect the agricultural and food industry. Against this background, the aim of this article is to shed light on the sounding out of the new equilibrium with selected experts from the agricultural value chains using a qualitative content analysis. For this topic 17 representatives of companies, organizations and associations along the different agricultural value chains were interviewed on ten conflicting goals from the topics: markets, structural change in agriculture, politics, environment/climate/organic farming and livestock. There is broad consensus that large farms play an important role in basic supply, while smaller farms provide diversity. Furthermore, there is agreement that climate protection is highly relevant and must play an important role in the common agricultural policy in the future so that agriculture achieves the goals set out in the farm-to-fork strategy. There are differing views on the part of the industry representatives regarding the demand for more self-sufficiency. Some are in favor of it in view of higher levels of self-sufficiency and volatile international supply chains. The majority, however, are in favor of keeping markets open. The sharpness of the statements differs significantly between the industry representatives. While there is broad agreement on the direction of the transformation process, there are clear differences in the vehemence with which the respective views are expressed. In summary, it can be said that the industry representatives see the aspect of "public money for public goods" above all for the future of the Common Agricultural Policy and the Green Deal.

Anhang

Anhang 1: Interviewleitfaden für die Experteninterviews

Fragen Interviewpartner:

Allgemeine Fragen:

- Bitte geben Sie einen kurzen Überblick über Ihren beruflichen Werdegang, einen möglichen landwirtschaftlichen Hintergrund und das Berufsfeld, in dem Sie derzeit tätig sind.
- Welche Möglichkeiten der Einflussnahme haben Sie auf Wirtschaftspartner?

Märkte:

Autarkie vs. Versorgungssicherheit:

- Wie bewerten Sie staatliche Eingriffe in Märkte und finden Sie Regelungen mit mehr Autarkiebestrebungen wären in Zukunft denkbar, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten?

Warenterminmärkte vs. Versorgungssicherheit:

- Ist Ihr Unternehmen an Warenterminmärkten aktiv?
- Sind Sie der Meinung, dass Warenterminmärkte, die oftmals mit der Spekulation mit Lebensmitteln in Verbindung gebracht werden, hinsichtlich der Nahrungskrise das richtige Instrument sind?

Autarkie vs. Versorgungssicherheit:

- Sollte der Staat Ihrer Meinung nach Märkte offenhalten und auch internationale Märkte offen lassen?
- Sollte die Politik in Deutschland Akteure entlang der Wertschöpfungskette bevorzugen oder an einem offenen, weltmarktorientierten Ernährungssektor festhalten?

Strukturwandel:

- Wie stellen Sie sich zukunftsorientierte Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft vor (Grad der Spezialisierung, Größe, Verhältnis Tierhaltung/Ackerbau)?
- Tragen große oder kleine und/oder spezialisierte Betriebe zur Ernährungssicherheit bei?

Versorgungssicherheit vs. Wettbewerbsfähigkeit:

- Haben Sie die Befürchtung, dass durch Importe die inländische Produktion zurückgedrängt wird und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungswirtschaft beeinträchtigt wird?

Politik:

Nachhaltigkeit vs. Versorgungssicherheit:

- Wie sollte die zukünftige GAP ausgerichtet sein in Bezug auf das Spannungsfeld Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit und braucht die GAP dafür neue Instrumente?
- Sind Sie der Meinung, dass produktionsbeschränkende Maßnahmen der GAP, wie Ökoregelungen und Konditionalität, angesichts der aktuellen Lage zeitgemäß sind?
- Halten Sie die im Green Deal verankerten Ziele in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen vor dem Hintergrund des Konfliktes Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als zeitgemäß und wie schätzen Sie die Umsetzbarkeit ein?
- Sollte die Landwirtschaft einen Beitrag zur Erreichung der im Green Deal verankerten Ziele leisten, auch wenn dies zu Lasten der Produktivität und Ernährungssicherung geht und dadurch die Verbraucherpreise steigen?

Tank vs. Teller:

- Muss die Diskussion „Tank oder Teller“ angesichts der weltpolitischen Lage neu aufgemacht werden?

Flächenversiegelung vs. Ökologie:

- Halten Sie es für zeitgemäß wertvolle Ackerflächen mit PV-Anlagen zu versiegeln, während auf der anderen Seite Regelungen wie das Umbruchverbot und der Fruchtwechsel bestehen?

Umwelt/Klima/Ökolandbau:

Ökologie vs. Versorgungssicherheit:

- Halten Sie produktionsreduzierende Maßnahmen, die einer klimafreundlichen, nachhaltigen und biodiversen Landwirtschaft dienen, für zeitgemäß?

Ökolandbau vs. Versorgungssicherheit:

- Sollte Ihrer Meinung nach, vor dem Hintergrund des Spannungsfeldes Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit, der Ökolandbau in der Zukunft ausgeweitet werden, auch wenn damit im Vergleich zum konventionellen Anbau nur ca. die Hälfte der Erträge erzielt werden können?

Tier:

Ökologie vs. Wahlfreiheit des Konsumenten:

- Sind Sie der Meinung, dass für eine nachhaltigere und zukunftsorientiertere Landwirtschaft der Fleischkonsum reduziert und der Verzehr von vegetarischen oder insbesondere veganen Lebensmitteln erhöht werden sollte?

Tierwohl vs. Bezahlbare Lebensmittel:

- Machen Sie sich aufgrund der zurzeit laufenden Tierbestandsentwicklung Sorgen, dass die Versorgungssicherheit mit Tieren gefährdet werden könnte und es zu vermehrten Importen von Fleisch aus dem Ausland kommt, wobei kein Einfluss auf die Produktionsbedingungen genommen werden kann?

- Halten Sie es für richtig, dass durch steigende Tierhaltungsstandards die Verbraucherpreise steigen?

Qualität statt Quantität:

- Kann Ihrer Meinung nach die verpflichtende staatliche Tierhaltungskennzeichnung dazu beitragen den Fleischkonsum nachhaltiger zu machen, also weniger Fleisch aber dafür hochwertigeres Fleisch zu konsumieren?

- Wäre es aus Ihrer Sicht akzeptabel, wenn höhere Tierwohlstandards dazu führen, dass weniger Tiere erzeugt werden, allerdings zu einem höheren Preis?

Ausblick:

- Könnte der Staat den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit besser unterstützen und fördern?

- Was sind ihre priorisierten konkreten Wünsche und Vorstellungen für eine Landwirtschaft der Zukunft?

Literaturverzeichnis

1. Bayerischer Bauernverband (2022): Ausnahme 2023 bei Fruchtwechsel und Pflichtbrache ist fix. Hg. v. Bayerischer Bauernverband. Online verfügbar unter <https://www.bayerischerbauernverband.de/themen/politik-foerderung/ausnahme-2023-bei-fruchtwechsel-und-pflichtbrache-ist-fix-25953>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 2. Becker, Leonie Franziska; Bissinger, Katharina; Teuber, Ramona (2022): Erwartungen von Landwirt*innen an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2023. Berichte über Landwirtschaft - Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Band 100, Heft 3, Dezember 2022 100 (3). DOI: 10.12767/BUEL.V100I3.437.
 3. Beverborg, Ruth; Jans-Wenstrup, Laura (2023): GAP 2023: Ausnahmen zur Stilllegung und zum Fruchtwechsel. Hg. v. Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Online verfügbar unter https://www.lwk-niedersachsen.de/lwk/news/39584_GAP_2023_Ausnahmen_zur_Stilllegung_und_zum_Fruchtwechsel, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 4. BigBlueButton Inc. (2007): BigBlueButton. Version 2.6.
 5. Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) (2019a): Cross-Compliance. Online verfügbar unter <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/direktzahlung/cross-compliance.html>, zuletzt geprüft am 01.06.2023.
 6. Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) (2019b): Fragen und Antworten zum Hintergrund des geltenden Stands der GAP. Online verfügbar unter https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-GAP/FAQ-GAP_List.html, zuletzt geprüft am 01.06.2023.
 7. Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) (2022a): Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik. Hg. v. Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL). Online verfügbar unter <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-geschichte.html>, zuletzt geprüft am 11.09.2023.
 8. Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) (2022b): Wie viel Getreide wird durch die einmalige Aussetzung der künftigen Fruchtwechsel-Regelung (GLÖZ 7) in Deutschland voraussichtlich produziert werden können? Welches Ertragspotential hat das einmalige Aussetzen der Flächenstilllegung im Rahmen von GLÖZ 8 gemäß dem Vorschlag der Bundesregierung? Hg. v. Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL). Online verfügbar unter <https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-gloez/faq-gloez-8.html>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 9. Deutscher Naturschutzring (DNR) (2022): GAP: EU-Kommission gibt Umweltstandards auf. Hg. v. Deutscher Naturschutzring (DNR). Online verfügbar unter <https://www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/gap-eu-kommission-gibt-umweltstandards-auf>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 10. Die Bundesregierung (2022): Folgen des Krieges für die Landwirtschaft. Ernährung weltweit sichern. Hg. v. Die Bundesregierung. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/ernaehrung-weltweit-sichern-2030848>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 11. Dresing, Thorsten; Pehl, Thorsten (2015): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 6. Aufl. Marburg: Eigenverl.
 12. Hecquet, Thomas; Spieth, Georgina; Heppeler, Laura; Gall, Philipp von; Klein, Mira Céline; Golcher, Michelle; Valle, Yuri Wahl (2021): Tier(schutz)politik im Spiegel der Gesellschaft. Eine Analyse basierend auf einer repräsentativen Umfrage durch die SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (Heidelberg). In: Animal Society.
 13. Heidland, Tobias (2022): Der Ukrainekrieg und die globale Ernährungssicherheit. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurzknapp/hintergrund-aktuell/509582/der-ukrainekrieg-und-die-globale-ernaehrungssicherheit/>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
-

14. Henseling, Christine; Hahn, Tobias; Nolting, Katrin (2006): Die Fokusgruppen-Methode als Instrument in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung. Berlin: IZT (Werkstattbericht / Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Nr. 82).
 15. Jaevervall, Sebastian; Mahlkow, Hendrik; Heidland, Tobias (2022): Ukrainekrieg bedroht langfristig Afrikas Ernährungssicherheit. In: Welternährung. Online verfügbar unter <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/agrar-ernaehrungspolitik/wie-der-ukrainekrieg-afrikas-brotversorgung-trifft>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 16. Kofman, Jeff (2014): Trint. Online verfügbar unter <https://trint.com/de/>, zuletzt geprüft am 11.09.2023.
 17. Kuckartz, Udo (1989): MAXQDA. Version 2022.0.0.
 18. Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Lehrbuch).
 19. Kühn, Thomas (2018): Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch. 2. Aufl. 2018. Wiesbaden: Springer VS (SpringerLink Bücher).
 20. Lakner, Sebastian (2023): Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die EU-Agrarpolitik. In: Wirtschaftsdienst 103 (13), S. 42–49. DOI: 10.2478/wd-2023-0066.
 21. Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Neuausgabe. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1143991>.
 22. Michel-Berger, S. (2023): Umbau Nutztierhaltung. Sonder-AMK beerdigt Borchert-Kommission. Online verfügbar unter <https://www.agrarheute.com/politik/umbau-nutztierhaltung-sonder-amk-beerdigt-borchert-kommission-606496#:~:text=Die%20Sonder%2DAgrarministerkonferenz%20von%20Bund,Nutztierhaltung%20kaum%20etwas%20erreichen%20wird.,> zuletzt geprüft am 07.06.2023.
 23. Ministerium für Landwirtschaft und Klimaschutz (MLUK) Brandenburg (2023): GLÖZ 7 und GLÖZ 8 - Information zum Aussetzen für das Antragsjahr 2023. Hg. v. Ministerium für Landwirtschaft und Klimaschutz (MLUK) Brandenburg. Online verfügbar unter <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/landwirtschaft/agrarpolitik/neue-gap-foerderperiode-ab-2023/konditionalitaet/gloez7-gloez8-aussetzung/>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 24. Pörtner, Lisa M.; Lambrecht, Nathalie; Springmann, Marco; Bodirsky, Benjamin Leon; Gaupp, Franziska; Freund, Florian et al. (2022): We need a food system transformation – in the face of the Ukraine war, now more than ever. DOI: 10.5281/ZENODO.6366131.
 25. Schader, Nick (2021): UN fordern Kurswechsel. Schädliche Agrarsubvention. Hg. v. SWR. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/landwirtschaft-un-bericht-101.html#:~:text=Umweltprobleme%20durch%20falsche%20Landwirtschaft&text=Die%20Intensivierung%20der%20Landwirtschaft%20habe,der%20%C3%BCberm%C3%A4%C3%9Fige%20Einsatz%20von%20Antibiotika.,> zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 26. Späne, Andreas; Dutzler, Harald; Bjelkengren, Catarina (2023): Viewpoint. The Sustainable Food Revolution. Future-proofing the world's food supply. strategy&. Online verfügbar unter <https://www.strategyand.pwc.com/de/en/industries/consumer-markets/future-of-food.html>, zuletzt geprüft am 09.06.2023.
 27. Umweltbundesamt (2022): Umweltbelastungen der Landwirtschaft. Hg. v. Umweltbundesamt. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/themen/landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft>, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
 28. Zeit Online (2022): Ukraine-Krieg. "Ein Angriff auf die am meisten gefährdeten Menschen der Welt". Online verfügbar unter https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/ukraine-krieg-antonio-guterres-weizen-arme-laender?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, zuletzt geprüft am 31.08.2023.
-

Anschrift der Autoren

Florian Tietjens

florian.tietjens@ae.uni-kiel.de

Marlene E. Noack

mnoack@ae.uni-kiel.de

Prof. Dr. Uwe Latacz-Lohmann

ulatacz@agric-econ.uni-kiel.de

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU)

Institut für Agrarökonomie

Wilhelm-Seelig-Platz 6/7

24118 Kiel